

# CDU verbesserte ihre Position

Der Zug zum Zweiparteien-System hält an – Der klare Verlierer ist die FDP

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am letzten Sonntag konnte die CDU ihren Stimmenanteil um fast ein Prozent verbessern. Statt bisher 36 wird die CDU künftig mit 38 Abgeordneten im Parlament der Hansestadt vertreten sein. Die schlechte Wahlbeteiligung, die sicherlich ihre Ursache in der ungünstigen Witterung hatte, war ein Grund dafür, daß das Wahlergebnis für die CDU nicht noch besser ausgefallen ist. Die SPD konnte von der Wahlmüdigkeit profitieren. Obwohl die Zahl ihrer Wähler um rd. 10 000 zurückging, konnte sie ihren prozentualen Anteil um 1,6 vom Hundert verbessern. Der klare Verlierer der Wahl ist die FDP, die fast ein Drittel ihrer Stimmen verlor und in bedenkliche Nähe der Fünf-Prozent-Klausel gerückt ist. Alarmierend wirkte der Erfolg der NPD, die ihren Stimmenanteil auf 3,9 Prozent verdoppeln konnte.

Knapp 1,4 Millionen Wahlberechtigte entschieden am 27. März über die künftige politische Kräfteverteilung in der Hamburger Bürgerschaft. 120 Abgeordnete des Landesparlamentes und 300 kommunale Bezirksverordnete wurden bei dieser fünften Wahlrunde im Stadtstaat Hamburg gewählt.

Die Soziodemokraten behaupteten auch bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl ihre traditionelle Vormachtstellung in der Hansestadt. Neben der führenden SPD gelang es auch der CDU, ihre Position in der Hamburger Landespolitik weiter zu festigen. Der Trend zum Zweiparteien-System bestimmte also auch den Ausgang der jüngsten Bürgerschaftswahl an Elbe und Alster. Der klare Verlierer dieser ersten Landtagswahl seit dem 19. September 1961 waren die Freien Demokraten, die rund ein Drittel ihrer Wähler und Mandate einbüßten. Die beachtlichen Stimmengewinne der NPD und die auffallend geringe Wahlbeteiligung gehören zu den dunklen Punkten der diesjährigen Wahlbilanz in Hamburg.

#### Geringste Wahlbeteiligung seit 1946

Nur 69,8 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Stimmenscheidung vom 27. März. Die sonst so wahl fleißigen Hamburger blieben mit dieser geringen Wahlbeteiligung erheblich unter den entsprechenden Stimmeteiligungsziffern aller vorangegangenen Bürgerschafts- und Bundestagswahlen in der Hansestadt, wie die nachstehende Tabelle verdeutlicht:

Die Wahlbeteiligung seit 1946 (in v. H.)

Wahljahr	Bürger-schaftswahl	Bundes-tagswahl
1965/66	69,8	86,4
1961	72,3	88,6
1957	77,3	89,2
1953	81,0	87,4
1949	70,5	81,2
1946	79,0	—

Auffallend ist vor allem der stetige Rückgang der Wahlbeteiligung seit der Bürgerschaftswahl 1953. Die zunehmende Wahlmüdigkeit in den Großstädten der Bundesrepublik wurde auch durch die

diesjährige Bürgerschaftswahl in Hamburg bestätigt. Zugleich erschwert aber auch die weit geringere Wahlbeteiligung die verlässliche politische Beurteilung des Wahlausganges vom vergangenen Sonntag. Rund jeder fünfte Wähler der vergangenen Bundestagswahl verzichtete zum Beispiel am 27. März auf seine Stimmabgabe und diese gewandelten Größenordnungen haben auch die Wählerbilanz der Parteien nachhaltig beeinflußt. Es überrascht deshalb nicht, daß selbst CDU und SPD am vergangenen Sonntag nicht mehr ihre absoluten Wählerzahlen der letzten Bundestags- und Bürgerschaftswahlen erreichen.

#### Mandatsgewinne der CDU

Die ersten Wahlauswertungen aus den einzelnen Bezirken lassen erkennen, daß die geringe Stimmbeteiligung vor allem die Erfolgchancen der CDU bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl erheblich geschwächt hat. Dennoch konnte die Union gegenüber der letzten Landtagswahl ihren prozentualen Stimmanteil um knapp ein Prozent verbessern. Dagegen gelang es der CDU nicht, ihren großen Wahl-

Fortsetzung Seite 2

## In kollegialer Zusammenarbeit

Bundesminister Dr. Heck über seine Aufgaben in der Partei

Bundesminister Dr. Bruno Heck, der vom 14. Bundesparteitag der CDU in Bonn mit 484 Stimmen, und damit der höchsten Stimmenzahl, zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied gewählt worden war, hat kurz darauf in einem Interview seinen zukünftigen Aufgabenkomplex umrissen.

Das Interview hat folgenden Wortlaut:

**Frage:** Der letzte Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union hat Sie mit den meisten Stimmen, die ein Präsidialmitglied bekommen hat, zum neuen Geschäftsführenden Präsidialmitglied der Christlich Demokratischen Union gewählt. Sie werden damit zum Teil, wenigstens in der Funktion, wahrscheinlich in vollem Umfang, die Arbeit des bisherigen Geschäftsführenden Vorsitzenden Duihues übernehmen, also in der

Christlich Demokratischen Union künftig wahrscheinlich die entscheidende Rolle zu spielen haben. Und meine erste Frage an Sie: Welche Aufgaben haben Sie sich als Geschäftsführendes Präsidialmitglied der CDU vorrangig gestellt?

**Antwort:** Ich möchte zunächst sagen, daß der Parteitag schon dieses neue Gremium, das Präsidium, eigentlich mit dem Auftrag ausgestattet hat, die Politik der CDU zu formulieren und sie in der Partei

Fortsetzung Seite 4

# Die CDU verbesserte ihre Position

Fortsetzung von Seite 1

erfolg der fünften Bundestagswahl in der Hansestadt zu wiederholen.

## Die Stimmenanteile der CDU (in v. H.)

Wahljahr	Stimmenanteil
Bü 1966	30,0
Bü 1961	29,1
Bü 1957	32,2
B 1965	37,6
B 1961	31,9

Bü = Bürgerschaftswahl, B = Bundestagswahl

Etwas höher als bei der Bürgerschaftswahl lag der Stimmanteil der CDU bei den Wahlen zu den sieben kommunalen Bezirksverordnetenversammlungen im Stadtstaat Hamburg. Hier erreichte die Union einen Wähleranteil von 30,5 Prozent. In das neue Landesparlament wird die CDU mit einer verstärkten Fraktion einziehen, denn sie konnte am vergangenen Sonntag die Zahl ihrer Abgeordneten von 36 auf 38 erhöhen. In den Bezirksverordnetenversammlungen wird die Union in der kommenden Legislaturperiode von 95 Abgeordneten vertreten werden, während in den vergangenen viereinhalb Jahren 91 Mandatsträger zur kommunalen Mannschaft der CDU zählten.

## SPD behauptet Mehrheit

Die SPD behauptete auch bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl ihre traditionelle Vormachtstellung in der Hansestadt. Mit einem Stimmenanteil von 59 Prozent erreichte sie ihr bisher günstigstes Wahlergebnis in Hamburg.

## Die Stimmenanteile der SPD (in v. H.)

Wahljahr	Stimmenanteil
Bü 1966	59,0
Bü 1961	57,4
Bü 1957	53,9
B 1965	48,3
B 1961	46,9

Zugleich konnten die Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft festigen, auf die sie sich seit 1957 ununterbrochen stützen konnten. Ebenso wie die CDU gewann die SPD am vergangenen Sonntag zwei zusätzliche Landtagsitze. 74 der insgesamt 120 Bürgerschaftsmitglieder werden in der kommenden Legislaturperiode der sozialdemokratischen Fraktion angehören.

Zu den Unbekannten der Wahlergebnisse der SPD zählt das Verhalten der früheren Wähler der Deutschen Friedensunion. Die DFU erreichte bei der letzten Bundestagswahl in Hamburg einen Stimmenanteil von 2,7 Prozent. Bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl kandidierte sie nicht. Statt dessen forderte sie die Wähler auf, für die SPD zu stimmen. Zum wahlpolitischen Hintergrund der sozialdemokratischen Stimmenergebnisse zählt schließlich auch, daß die SPD am 27. März ihre absoluten Wählerzahlen der letzten Bürgerschafts- und Bundestagswahlen in Hamburg nicht erreichte. Gegenüber dem 19. September verlor sie rund 14 000 Stimmen, im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl knapp 10 000 Wähler. Die tatsächliche landespolitische Stimmentwicklung war bei den Sozialdemokraten,

in absoluten Zahlen ausgedrückt, stärker rückläufig als bei der CDU (- 3200 Stimmen).

Die Freien Demokraten sind der eindeutige Verlierer der diesjährigen Bürgerschaftswahlen. Ihr Stimmenanteil lag am vergangenen Sonntag weit niedriger als bei allen früheren Bürgerschafts- und Bundestagswahlen. Allein gegenüber der letzten Landtagswahl büßte die FDP fast ein Drittel ihres Wähleranteiles ein.

## Die Stimmenanteile der FDP (in v. H.)

Wahljahr	Stimmenanteil
Bü 1966	6,8
Bü 1961	9,6
Bü 1957	8,6
B 1965	9,4
B 1961	15,7

Die Wahlniederlage in Hamburg trifft dabei die Freien Demokraten besonders empfindlich, denn die Hansestadt zählte zu ihren früheren Hochburgen. Bei der ersten Bürgerschaftswahl nach dem Kriege entschieden sich rund 18 Prozent

der Wähler für die FDP, die zwei Jahrzehnte danach in die bedrohliche Nähe der Fünfprozent-Sperrklausel abrutschte. Auch die politische Repräsentanz der FDP in der Bürgerschaft und den kommunalen Bezirksverordnetenversammlungen schrumpfte am 27. März erheblich zusammen. Die Zahl ihrer Landtagsitze ging von 12 auf 8 zurück, ihre Bezirksverordnetenmandate verringerte sich von 28 auf 20.

Die bisherigen Wahlanalysen lassen vermuten, daß ein Teil der früheren FDP-Wähler am vergangenen Sonntag der NPD seine Stimme gab. Die Beobachtungen bei den letzten Kommunalwahlen in Bayern würden damit auch an Elbe und Alster Bestätigung finden. Gegenüber der letzten Bundestagswahl verbesserten die die „Nationaldemokraten“ in Hamburg ihren Stimmenanteil von 1,8 auf 3,9 Prozent. Ihre absoluten Wählerzahlen stiegen im gleichen Zeitraum von rund 21 000 auf 37 000. Politische Mandate eroberte die NPD allerdings weder im Landesparlament noch in den sieben Bezirksverordnetenversammlungen. Dennoch sollte der Erfolg der Rechtsradikalen nicht unterschätzt werden.

# Lebendige Diskussion

Amrehn, Dr. Geissler und Stingl auf dem Bundesparteitag

Der Bundesparteitag brachte den Beweis dafür, daß lebendige Diskussionen auch ohne Arbeitskreise möglich sind. Stellvertretend für die zahlreichen Diskussionsredner kommen hier der Berliner CDU-Landesvorsitzende Franz Amrehn, der Vorsitzende des sozialpolitischen Bundesausschusses der CDU und der Bundestagsfraktion, Josef Stingl, sowie als Repräsentant der jungen Generation der Bundestagsabgeordnete Dr. Geissler zu Wort.

Amrehn rief die Bewohner der Bundesrepublik auf, sich mehr um das Schicksal Berlins zu kümmern. Er führte u. a. aus:

„Moskau und Pankow haben nicht den Willen aufgegeben, Berlin zu kassieren. Noch immer gibt es den Schießbefehl. Es gibt nicht nur den Befehl, sondern es wird auch geschossen. Jede Woche gibt es einen Mord! Und es ist an der Zeit, das beim richtigen Namen zu nennen, auch wenn es in unserer Presse nicht mehr so deutlich gesagt wird. Das sind doch in einer angeblichen Phase der Entspannung alles keine Bagatellen. Daran dürfen wir uns doch auch nicht gewöhnen lassen, sondern wir haben dieses himmel-schreiende Unrecht immer wieder laut in die Welt hinauszurufen. Das bleibt eine Pflicht unserer Partei!

**Die Morde an der Mauer, nicht nur in Berlin, sondern auch längs der ganzen Zonengrenzlinie, geschehen mit Erlaubnis Moskaus. Darum bleibt dafür Moskau auch verantwortlich. Und so lange geschossen wird mit der Erlaubnis Moskau, lasse ich mich noch nicht von den friedlichen Absichten der Sowjetunion an unseren Grenzen überzeugen.**

Berlin braucht Menschen, um den Bevölkerungsstand zu halten, Führungskräfte für die Wirtschaft, Köpfe für das kulturelle Leben der Stadt und für ihre Anziehungskraft.

Das können wir nicht allein den Sozialdemokraten oder dem Senat in Berlin überlassen, sondern das ist eine Aufgabe der CDU, eine Aufgabe der Bundesregie-

rung; denn Berlin in der gesamten Darstellung der Stadt, in dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben, in seinem nationalen Anspruch, kann nicht nur eine Hauptstadt der Sozialdemokraten oder ein Tummelfeld für linksradikale Elemente sein, sondern muß werden — noch mehr aus sachlichen und politischen Motiven — wirklich die Hauptstadt aller Deutschen, die wir samt und sonders mittragen.

Dazu brauchen wir mehr Bund in Berlin, mehr Bundespräsenz in Berlin, mehr Bundesverantwortung für Berlin. Der Regierende Bürgermeister von Berlin gehört nicht, wie es sich gehörte, als Vorsitzender seiner Partei dem Deutschen Bundestag an. Darum können die Kollegen der CDU im Deutschen Bundestag niemals die Diskussion um den politischen Weg Deutschlands unmittelbar im Bundestag mit ihm führen. Diese Aufgabe muß im Berliner Abgeordnetenhaus laufend die Berliner CDU erfüllen, die Auseinandersetzung mit Herrn Brandt über eine neue Ost-West-Brückenfunktion, über seine politischen Alleingänge in der Ostpolitik, über die kleinen Schritte und was immer es sei.

**In dieser Situation möchten wir aber das Gefühl haben, daß die ganze Bundespartei und die verantwortliche Politik der Bundesregierung hinter uns steht und daß wir mit der Vollkraft der Bundespartei unsere Debatten und Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie führen können.“**

Fortsetzung Seite 5

# SPD duldet keinen Widerspruch

Auch ein Berliner Bezirksbürgermeister „kann sich das nicht leisten“

Nach wenig überzeugender Selbstkritik ist der Weddingener Bürgermeister Helmut Mattis (SPD) auf seinem hart umkämpften Sessel geblieben. Seine umstürzlerischen Genossen mußten sich den oberen Landesgremien der Partei beugen. Daß aber die SPD-Kreisverbände in Berlin auch künftig keineswegs gewillt sind, Personalentscheidungen der bezirklichen Selbstverwaltung unbeeinflußt zu lassen, beweist schlagend der neue Fall des Personalrats Haase im Stadtteil Schöneberg.

Haase, von seiner Bezirkspartei des Abhörens von Dienstgesprächen seines Parteifreundes, des Schöneberger Bürgermeisters Dr. Grunner bezichtigt und zum „Lauscher an der Wand“ abgestempelt, soll einer Empfehlung seiner Genossen zufolge degradiert und auf das Wirtschaftsressort abgeschoben werden. Dr. Grunner, der die Entscheidung seines Kreisvorstandes nur als „Anregung“ aufgefaßt wissen will, bewies Mut und Selbstständigkeit mit der Andeutung: „Wollte man mehr darin sehen, wäre das ein Eingriff in die bezirkliche Selbstverwaltung, der einer unangebrachten Abwertung gleichkäme. Die Geschäftsverteilung im Bezirksamt ist ausschließlich Sache des Bezirksamtes selbst.“

Doch die 120 Delegierten und der Kreisvorstand denken darüber anders. Sie erwarten von ihrem Bürgermeister die widerspruchslose Unterordnung unter die Parteidisziplin. Man wartete gespannt darauf, ob Dr. Grunner auf die ungleiche Kraftprobe eingehen wird. Schon ließ die SPD gegenüber der „Berliner Morgenpost“ vom 27. 3. 66 verlauten, daß die Nichtbefolgung der Empfehlung einen Verstoß gegen die Beschlüsse der Partei darstelle. „Und das kann sich keiner leisten — auch nicht der Bürgermeister von Schöneberg.“ Dr. Grunner gab schließlich dem Druck seiner Partei nach und kündigte eine Änderung des Geschäftsverteilungsplans an.

Wie sehr sich in puncto Parteigehorsam die Bilder gleichen, ist der Empfehlung der SPD-Spitzenorgane an die Kreisdelegierten der Weddingener Parteiorganisation

zu entnehmen, Bürgermeister Mattis in seinem Amt zu belassen. Gleich im ersten Absatz der Entschließung sucht die SPD den Verdacht einer despotischen Parteiführung zu entkräften, indem sie feststellt, „daß die Weddingener Parteiorganisation nicht, wie zum Teil in der Öffentlichkeit dargestellt, einen Druck auf Bezirksbürgermeister Mattis oder die Verwaltung ausgeübt hat und auch nicht ausüben will“. Aber die Praxis widersprach dem. Jedermann in Berlin weiß, daß sich die Affäre auf Mattis' Weigerung gründet, bedingungslos dem 100jährigen eingetretenen Pfad der Parteidisziplin zu folgen. Mattis wollte Personalfragen von der Qualifikation der Bewerber, nicht aber vom Besitz eines roten Parteibuches abhängig machen.

Nicht ohne Grund hat die SPD diese preinliche Angelegenheit jetzt herabzuspielen versucht. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus rücken näher, taktisches Verhalten scheint geboten. „Man muß nicht einmal der SPD angehören, um zu begreifen, wie sehr den Berlinern aller Bezirke der ‚Umsturzversuch‘ in Wedding zuwider war“, schreibt die „Berliner Morgenpost“. Nichts hörte man mehr von den „80 konkreten Punkten“, dem angeblichen Sündenregister von Mattis. Sang- und klanglos wurde der Antrag, der Anklage und Forderung auf Abwahl zum Inhalt hatte, von der SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung zurückgezogen. Kein Wort der Rehabilitation, Mattis bleibt bis auf Abruf weiter im Amt. Auch ein Bürgermeister verstößt nicht ungestraft gegen die Parteiräson der SPD.

## Initiative aus Kiel

Junge Union und RCDS legen Hochschulgesetz vor

In Schleswig-Holstein hat sich sozusagen eine Konkurrenz zwischen der in der Regierung stehenden CDU und der Jungen Union sowie dem Ring Christlich Demokratischer Studenten um die Formulierung eines neuen Hochschulgesetzes herausgebildet.

Den jungen Anhängern der CDU hat es zu lange gedauert, bis sich die Landesregierung dazu bereitfand, selbst die Initiative zu ergreifen. Sowohl der RCDS als auch die Junge Union sind der Ansicht, daß sie der Hochschulreform durch den Entwurf ihres Gesetzes wirksame Impulse geben können. In etwa gleicht das Gesetz dem Entwurf, der zur Zeit in Bremen im Gespräch ist.

Die Studenten haben vor, die Gliederung der Hochschule in Fakultäten durch Abteilungen zu ersetzen. In den Senat der Universität sollen Studentenvertreter mit vollem Stimmrecht gewählt werden können. Die Forderungen gipfeln in dem

Wunsch, zunächst die Kolleggelder abzuschaffen und im Endziel eine völlige Gebührenfreiheit einzuführen. Innerhalb der zehn Thesen, die den einzelnen Paragraphen vorangestellt sind, finden sich auch Bestimmungen, die sehr konkrete Einzelheiten des Universitätslebens regeln, wie es zum Beispiel die Amtszeit des Rektors, die Möglichkeit seiner Wiederwahl oder das Berufungsverfahren von Professoren sind.

Alles in allem läßt sich sagen, daß der Entwurf der Jungen Union und des RCDS bedeutsam genug ist, um dem Kultusministerium wie auch dem Landtag als Diskussionsgrundlage zu dienen.

## Am Rande

ar. Offenbar gehört die Magazin-Fernsehsendung des Norddeutschen Rundfunks „Panorama“ zu den Einrichtungen, die den Bazillus der Überheblichkeit in sich tragen. Nach den Herren v. Paczenski, Proske und Kogon nimmt nun ein Herr Fest die Funktionen des Ansagers dieser Sendung wahr, und nach anfänglichen Versuchen, bei aller Kritik eine gewisse Gerechtigkeit zu wahren, ist nun auch er der Verführung erlegen. Was sich „Panorama“ in den letzten Wochen an Einseitigkeit, Bösartigkeit und Fehlinformation geleistet hat, geht nicht nur der CDU über die Hutschnur.

Einen einstweiligen Höhepunkt erreichte diese Art von Fernsehspektakel in der Sendung vom 28. März 1966, die sich mit der Tätigkeit des Bundesverteidigungsministers und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Kai-Uwe von Hassel, beschäftigte. Daß sich „Panorama“ dabei zum verlängerten Arm des SPD-Abgeordneten Wienand machen ließ, ist nur ein Nebeneffekt dieser televisionären Bemühung. Schlimmer schon sind die unbewiesenen Behauptungen, daß v. Hassel die „Traditionalisten“ in der Bundeswehr unterstütze; verleumderisch ist der Vorwurf, v. Hassel könne nicht zwischen seinem Parteiamt und seinem Staatsamt unterscheiden; unmöglich die generalisierende Feststellung, die Tätigkeit des Ministers sei eigentlich unnütz.

Zweifellos darf man in der Demokratie einem amtierenden Minister dies alles vorwerfen, selbst wenn ihm eben das Vertrauen der Mehrheit des Bundestages ausgesprochen worden ist. Die Frage ist nur, ob die Beweise, die man für seine Behauptungen bringt, für so schwerwiegende Vorwürfe ausreichen. Natürlich reichen sie nicht aus: es wird entweder gar nicht bewiesen, oder der Beweis wird um die Ecke konstruiert. Dies letztere gilt für die Broschüre über Wehrpolitik, die vor mehr als einem Jahr von der Bundesgeschäftsstelle der CDU in eigener Verantwortung verbreitet worden ist. Dies gilt für die Rede am Grabe eines verdienten Soldaten aus dem ersten Weltkrieg, Lettow-Vorbeck, den man in Frieden ruhen lassen sollte. Geschmacklosigkeiten, Verdrehungen und unbewiesene Behauptungen sind die Merkmale einer Sendereihe, die ausgewogene, wenn auch kritische Information bieten wollte.

Wie lange sollen sich alle vierzehn Tage montags ein paar überhebliche Meinungsmacher als Präzeptoren der Nation fühlen dürfen? Wann endlich wird ihrer infantilen Selbstbezogenheit ein Ende gesetzt — sei es auch nur, indem eine hohe Intendanz die betroffenen Fernsehkünstler dazu anhält, ausreichend zu recherchieren, beide Seiten zu hören, gute Aufnahmen zu machen, sie dem richtigen Text zu unterlegen — kurz: eine seriöse Arbeit zu liefern?

Meinungsfreiheit besteht nicht darin, in der „Panorama“-Sendung eine Dependance jener Hamburger Hyde-Park-Imitation aufzumachen, wo jeder Wirtkopf, auf einer Seifenkiste stehend, seine Weisheiten zum besten geben kann. Der Hamburger Hyde-Park ist umsonst, aber Fernsehen kostet Geld. Wessen Geld eigentlich?

# In kollegialer Zusammenarbeit

Fortsetzung von Seite 1

und für die deutsche Öffentlichkeit verständlich in das öffentliche Bewußtsein umzusetzen. Ich glaube, daß dieses neue Präsidium im großen und ganzen doch die Breite und die Tiefe der Union repräsentiert, und ich halte es für eine vordringliche Aufgabe des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes, das ja die Geschäfte der Partei führt, nun das, was eben an Breite und Tiefe der Union vorhanden ist und was in den Beratungen des Präsidiums zu einem gemeinsamen politischen Willen integriert werden soll, in das Bewußtsein der Partei und auch in das Bewußtsein der Öffentlichkeit umzusetzen.

**Frage:** Nun sprachen Sie von der Wirkung des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zunächst nach außen zur Repräsentanz der CDU, nicht nur zur oberflächlichen Repräsentanz, sondern zur geistigen Neuformulierung der Leitsätze der Christlich Demokratischen Union. Wie wird Ihre Arbeit nach innen aussehen, also im Blick auf die Reform der Partei?

**Antwort:** Hier möchte ich zunächst einmal sagen, daß natürlich einfach Wesentliches, was seit 1946/47 Gültigkeit hat, weiterhin auch Gültigkeit haben wird. Diese Christlich Demokratische Union wird eine Union bleiben auf der Basis der überkonfessionellen christlichen Verantwortung für die Politik. Diese Partei wird alles tun müssen, um nicht nur in einem theoretischen Bekenntnis, sondern in der Praxis Volkspartei zu sein und Volkspartei zu bleiben. Aber gerade von hier aus ist es natürlich notwendig, daß diese Partei sich fortlaufend entsprechend den veränderten Verhältnissen neu verständlich macht, daß sie Probleme, die neu auftauchen, auch neu aufgreift und sie ganz unbefangenen beantwortet und nicht bei lieb gewonnenen Vorstellungen, die vor zehn Jahren hochaktuell gewesen sein mögen, stehen bleibt und alles, was neu kommt, einfach auf die Seite schiebt, als ob es nur so Alltagsfloskeln wären, mit denen sich zu befassen es eigentlich nicht lohnt. Was Sie als Reform bezeichnen, nun, das möchte ich in folgendem vielleicht als Aufgabe sehen: Mir scheint es schon notwendig zu sein, daß das, was die Führung, was gerade dieses Führungsgremium, das Präsidium, an politischer Zielsetzung jeweils erarbeitet hat, für die ganze Partei lebendig gemacht wird. Und in diesem Sinne scheint es mir einfach notwendig zu sein, daß wesentlich stärker als bisher — wenn ich es so sagen darf — der Dialog zwischen der Führung der Partei und denen, die die Parteiführung beauftragt haben, gepflegt wird. Die wichtigste Aufgabe ist das, was das Präsidium für die Arbeit will, was das Präsidium an Aussage und Willen der Partei formuliert hat, wirklich

## Goerdeler wiedergewählt

Der Gifhorner CDU-Landtagsabgeordneter Ulrich Goerdeler, ein Sohn des früheren Leipziger Oberbürgermeisters, ist zum Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Lüneburg wiedergewählt worden. Seine Stellvertreter wurden der Bundestagsabgeordnete Dr. Huys (Lüneburg) und der niedersächsische Justizminister Bosse.

in ein Bewußtsein und in einen Willen bei der Parteiöffentlichkeit umzusetzen, in Aktion umzusetzen.

**Frage:** Ihre Stellung in der Partei-Hierarchie ist vielleicht noch ungeklärt. Es ist also mir nicht klar, stehen Sie zwischen dem Ersten Parteivorsitzenden und dem ersten Stellvertreter, stehen Sie unter beiden? Wie sieht Ihre Position innerhalb der Partei-Hierarchie also aus? Haben Sie genügend Spielraum, um politisch selbständig arbeiten zu können?

**Antwort:** Ich glaube, diese Stellung ist satzungsmäßig gar nicht genau auszumachen, sondern diese Stellung ist nur faktisch zu realisieren. Ich glaube nicht, daß im Präsidium eine Meinung dafür vorhanden wäre, das Geschäftsführende Präsidialmitglied etwa als Sekretär des Präsidiums anzusehen. Ich meine schon, daß das Präsidium das Geschäftsführende Präsidialmitglied als den Motor der Arbeit des Präsidiums betrachtet, der in der praktischen Arbeit weder unter- noch übergeordnet in einem Verhältnis zu den einzelnen Präsidiumsmitgliedern steht, sondern beigeordnet, nebengeordnet. Eine wichtige Funktion ist ganz sicher neben der Anregung, neben der Vorbereitung die Bemühung um die Integration der Kräfte, des Willens, der Auffassungen, die im Präsidium vorhanden sind.

**Frage:** Das bedeutet dann — ich hoffe, ich interpretiere Sie so richtig —, daß im Grunde nur der Parteivorsitzende oder das Parteipräsidium berechtigt ist, in der Lage ist, Ihnen Weisungen für Ihre Arbeit zu geben.

## Briefwahl für Hessen

CDU und FDP fordern erweiterte Wahlmöglichkeiten

Die Auseinandersetzungen um die Briefwahl in Hessen scheinen sich ihrem entscheidenden Höhepunkt zu nähern. Die CDU wird mit Hilfe der FDP alles daransetzen, um einen Volksentscheid über die Einführung der Briefwahl durchzusetzen.

Die Vorgeschichte ist auch in diesem Informationsdienst wiederholt behandelt worden. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern der Bundesrepublik hat sich die hessische SPD, die stärkste Regierungspartei ist, geweigert, die Briefwahl bei Landtags- und Kommunalwahlen zuzulassen. Fundierte Argumente der in der Opposition stehenden CDU in Hessen wurden von den Sozialdemokraten nicht anerkannt. Auch der Hinweis darauf, daß die SPD selbst im Bundestag 1957 für die Einführung der Briefwahl plädiert hatte, fruchtete bei den hessischen Genossen nicht. Eine besondere Delikatesse in diesem Streit ist es, daß die hessische SPD zu den Bundestagswahlen ihre Anhänger aufgefordert hatte, von der Briefwahl Gebrauch zu machen. Das Wahlgeheimnis werde „selbstverständlich gewahrt“, schrieben die Sozialdemokraten in einem entsprechenden Informationsblatt. Genau diesen Vorwurf, daß das Wahlgeheimnis nicht gewahrt werde, hat die SPD aber andererseits stets dann vorgebracht, wenn es um die Einführung der Briefwahl in Hessen ging.

Es dient der hessischen SPD nicht gerade zur Zierde, daß sich die GDP/BHE

**Antwort:** Ja sicher. Hier möchte ich zunächst natürlich darauf hinweisen, daß der Bundeskanzler seiner Natur nach ein Mann ist, der die Zusammenarbeit mit seinen Kollegen nicht unter den Aspekt der Weisungsbefugnis und der Weisung stellt, sondern einfach der kollegialen Zusammenarbeit. Aber der Bundesparteivorsitzende ist natürlich der erste Repräsentant und auch der erste Bevollmächtigte des Parteitags und selbstverständlich hat der Bundesparteivorsitzende, wenn er es für nützlich und notwendig hält, das Recht, eine Weisung zu erteilen, an die sich dann das Geschäftsführende Präsidialmitglied zu halten hat.

**Frage:** Die Tatsache, daß Sie zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied gewählt wurden, wirft die Frage auf, ob Sie erstens in der Lage sind, und zweitens, ob Sie willens sind, weiterhin im Kabinett zu bleiben, also weiterhin Mitglied der Regierung zu sein. Ist es richtig, ist es notwendig, halten Sie es für sachgerecht, daß dieses Geschäftsführende Präsidialmitglied mit einem Fuß noch im Kabinett steht?

**Antwort:** Ich halte dies für nützlich und für notwendig. Sehen Sie, ich bin für zwei Jahre als Geschäftsführendes Präsidialmitglied gewählt worden, und man kann nicht für zwei Jahre sich in ein Parteiamt wählen lassen und dafür aus dem obersten politischen Gremium der Bundesrepublik Deutschland, aus dem Kabinett, ausscheiden. Ich glaube, es wäre völlig unpolitisch gedacht, wenn jemand glauben würde, daß auf diese Weise die Arbeit des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes gefördert und erleichtert werden könnte.

ihr auch in dieser Frage inzwischen abgeschlossen hat.

Die Hintergründe für den sozialdemokratischen Widerstand gegen die Briefwahl sind schnell aufgedeckt: Rund 5 Prozent der Wähler würden — gemessen nach den Bundestagswahlen — auf diese Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, ausweichen. Dieser Prozentsatz der Wähler könnte aber über die Mehrheit der SPD (1962 waren es 50,8 Prozent) entscheiden. Hinzu kommt, daß das sozialdemokratische Anhängsel GDP/BHE schon bei der letzten Landtagswahl nur knapp über die Sperre der 5-Prozent-Klausel hinauskam. Würde bei der nächsten Wahl diese Minderheitenpartei endgültig zerbrechen, dann hätte es die SPD ungleich schwerer, in die Regierung in Wiesbaden zurückzukehren.

Man mag Verständnis für das Verhalten der hessischen SPD haben, ein Zeichen für ihre Bereitschaft, in einer Demokratie auch demokratisch zu taktieren, ist das dauernde Sträuben gegen die Einführung der Briefwahl allerdings nicht.

# Lebendige Diskussion

Fortsetzung von Seite 2

Dr. Geissler rief die Delegierten zu mehr Solidarität auf. Er sagte u. a.:

„Ich möchte davon sprechen, daß wir uns angewöhnen sollten, etwas mehr Diskretion zu wahren, das Nützliche vom Schädlichen, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Diese Diskretion fehlt natürlich auch weitgehend bei unserer internen Arbeit, auch bei den Äußerungen unserer Gliederungen. Das sage ich ganz offen. Ich finde, wir alle miteinander sollten uns einmal angewöhnen zu berücksichtigen, daß der Adressat politischer Entschlüsse, die aus parteiinterner Diskussion heraus entstanden sind, eben nicht die Öffentlichkeit ist, sondern die zuständigen Parteigremien.

Ich möchte an ein Wort erinnern, das der jetzige Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Kohl, auf dem Dortmunder Parteitag gesagt hat. Er führte aus, daß derjenige, der an vorderster Stelle der CDU stehe und insonderheit zum Gegenstand der gegnerischen Angriffe werde, gerade auch in unserer Partei Anspruch auf die christliche Solidarität der Freunde in der CDU/CSU habe.

**Diese Solidarität ist heute wichtiger denn je. Ich will es konkret ummünzen: Diese Partei hat in aller erster Linie die Aufgabe, diese, von uns gewählte Bundesregierung zu unterstützen, ihr zu helfen, damit ihre Arbeit zum Erfolg führt.“**

Josef Stingl befaßte sich zunächst mit dem Familienlastenausgleich. Er sagte u. a.:

„Rainer Barzel hat gesagt, daß unsere Mühen um Stabilität sozial ist. Das ist ganz sicher richtig. Geben wir uns nicht Mühe, daß das Geld seinen Wert behält, wird als erster der geschädigt sein, der nicht mehr am Wirtschaftsgeschehen teilhat, der nicht mehr selber Lohn- oder Gehaltsempfänger ist.

Aber wir müssen zugleich wissen, daß Sozialpolitik und Sparen einen Zusammenhang haben. Wir müssen wissen, daß wir die Sparmaßnahmen nicht nur immer anderen aufbürden können, daß wir nicht etwa sagen können, wir fangen das Sparen an bei denjenigen, die nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen, sondern so, wie es der Herr Bundeskanzler heute morgen ausgeführt hat.

Wir selber müssen unsere eigene Aufwendigkeit überprüfen. Dann werden wir dabei zu einer gerechten Regelung kommen.

Wenn wir uns z. B. konkret Gedanken machen darüber, wie denn die Sparförderung den Bundeshaushalt belastet, dann können wir nicht einfach sagen, wir müssen sie einschränken, sondern dann müssen wir davon ausgehen, ob wir dann dem Prinzip treu bleiben, daß wir weiterhin unsere Gesellschaft so bauen wollen, daß wir den Sparwillen belohnen, daß wir aber auch die Sparfähigkeit der Empfänger kleiner Einkommen vergrößern.

**Unsere Sozialpolitik muß auch davon ausgehen, daß die Würde der Menschen nicht geringer ist, ob er vor dem Arbeitsleben steht oder ob er aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist. Das, was wir als Christen verlangen müssen, ist die Solidarität der Arbeitenden für die kommende Generation**

**sowohl wie für die Generation, die uns die Voraussetzung für unsere Arbeit geschaffen hat. So gesehen ist Familienausgleich kein Sozialkonsum, sondern die beste und die größte Sozialinvestition.“**

Zur Situation Berlins sagte Stingl u. a.: „Wir hier in Deutschland müssen uns dabei nur darüber klar sein, daß dies gesagt werden muß, daß es nicht darum geht, irgend etwas zu verschweigen, zu vertuschen, sondern daß dies gesagt werden muß: daß auch dieses deutsche Volk Forderungen an die Welt hat, nämlich Freiheit für alle Deutschen, wie es uns das Grundgesetz aufgibt, Selbstbestimmung für alle Deutschen. Hier können die Berliner — in Anlehnung an das, was Freund Amrehn gesagt hat — Bei-

spiel sein, indem man nämlich in einer Strategie für Berlin, wie er es genannt hat, hier in der Bundesrepublik Deutschland aufzeigt: jeder junge Mensch, der nach Berlin arbeiten geht, erfüllt eine nationale Aufgabe.

**Dieses Hingehen nach Berlin ist ein Zeichen nationaler Opferbereitschaft. Das muß stärker propagiert werden. Die Christlich Demokratische Union hat die Aufgabe, bei der Behandlung der Berlin betreffenden Fragen und bei der Vertretung der Rechte derer, die nicht in ihrer Heimat sind, deutlich zu machen, auch dem Osten gegenüber deutlich zu machen, daß dort, wo Christen regieren, wirklich der soziale Rechtsstaat ist, weil die Menschenwürde geachtet wird und die Beziehungen der Menschen zueinander von der Nächstenliebe getragen sind.“**

## Fernsehen und Hörfunk

### Bildungsaufgabe

Der Landesverband Rheinland der CDU hat kürzlich fünf interessante Thesen zur Bildungsaufgabe des Fernsehens verabschiedet. Diese Thesen, die eine konsequente Fortentwicklung und Vertiefung des Leitsatzes 2 der 16 Rundfunkpolitischen Leitsätze vom 25. November 1965 darstellen, kommt insofern besondere Bedeutung zu, als nunmehr auch im Bereich des Westdeutschen Rundfunks ein Pilotprogramm zu einem dritten Fernsehprogramm ausgestrahlt wird, das sich an diesen Thesen messen lassen muß. Wir wollen diese Thesen zur Bildungsaufgabe des Fernsehens hier wiedergeben, um zu einer Diskussion über die Aufgaben dritter Fernsehprogramme beizutragen:

#### Thesen zur Bildungsaufgabe des Fernsehens

1) Alle von Anstalten des öffentlichen Rechts ausgestrahlten Fernsehprogramme haben durch die Rundfunkgesetze und von ihrem Selbstverständnis her einen Bildungsauftrag.

2) Das Fernsehen kann und soll jedoch die traditionellen Einrichtungen der Erziehung, Bildung und Ausbildung nicht ersetzen.

Die Grenzen seines Bildungsauftrages ergeben sich u. a.:

- aus dem weitgehend fehlenden Dialog mit dem Zuschauer und der daraus resultierenden geringen Ergebniskontrolle,
- aus der Gefahr entweder der Uniformität oder der Unverbindlichkeit, die dem Bildungsleben aus einem beherrschenden Einfluß des Fernsehens erwachsen kann,
- aus den natürlichen Grenzen, die der bildhaften Gestaltung gesetzt sind.

3) Dagegen stehen allerdings auch erhebliche Vorteile gegenüber den traditionellen Bildungseinrichtungen:

- Durch seine Streubreite erreicht das Fernsehen Bereiche, die den sonstigen Bildungsmethoden gemeinhin nicht zugänglich sind.

- Aufgrund seiner großen materiellen, personellen und technischen Möglichkeiten kann das Fernsehen in seinen bildenden Darbietungen eine hohe Qualität und Eindringlichkeit erreichen.

- Seine Reaktionsfähigkeit ermöglicht es ihm überdies, die schnellen Entwicklungen sowohl im naturwissenschaftlich-technischen, als auch im geisteswissenschaftlich-politischen Bereich festzuhalten und sofort weiterzugeben.

Dementsprechend ist das Fernsehen ein ideales Instrument zur Ergänzung und Weiterführung der Arbeit der traditionellen Bildungseinrichtungen. Sein Einsatz als Hilfs- und Ergänzungsmittel erscheint gerade in unserer heutigen Situation als eine bildungs-ökonomische Notwendigkeit.

- 4) Voraussetzung für die Erfüllung eines partnerischen Bildungsauftrages ist allerdings die Berücksichtigung der differenzierten Bildungsanforderungen. Deshalb ist die zusätzliche Einrichtung regionaler dritter Fernsehprogramme zu begrüßen. Sie sollen, wie schon in den rundfunkpolitischen Leitsätzen der CDU gefordert, im Gegensatz zu den Gemeinschaftsprogrammen vornehmlich ein gruppengezieltes Bildungsprogramm ausstrahlen.

- 5) Über den ergänzenden und allgemeinen Bildungsauftrag hinaus fallen dem dritten Fernsehprogramm noch besondere Aufgaben zu, die in dem großen Gemeinschaftsprogramm nicht gelöst werden können. Dazu gehören z. B.:

- Sendungen zur Vertiefung und Ergänzung beruflicher Fortbildungsarbeit,
- das Schul-Fernsehen,
- programmierte Sendungen zur Erleichterung und Ergänzung der Arbeit der Einrichtungen des zweiten Bildungsweges.

Die Sonderaufgaben der dritten Fernsehprogramme sind sinnvoll nur in enger und vorausplanender Zusammenarbeit mit den beruflichen Institutionen der Erziehung, Ausbildung, Fortbildung und Erwachsenenbildung durchführbar.

ohg.

# In NRW wird weiter gebaut

770 Millionen DM bereitgestellt

**Auch in diesem Jahr setzt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen alle verfügbaren Mittel ein, um das restliche Wohnungsdefizit abzubauen.**

Der nordrhein-westfälische Bauminister Franken hat den 160 Bewilligungsbehörden und der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes 770 Millionen DM bereitgestellt. Mit diesem Geld für den ersten Abschnitt des Wohnungsbauprogramms 1966 sollen etwa 40 000 Wohnungen gefördert werden.

Größter Posten sind mit 350 Millionen DM die Schlüsselmittel für den allgemeinen Wohnungsbau. 50 Millionen DM werden für den Bau von Ersatzwohnungen zur Unterbringung von Notunterkunftsbewohnern und weitere 50 Millionen DM für den Bau von Familienheimen in geschlossenen Gruppen gegeben; 64 Millionen DM fließen in den Wohnungsbau im Rahmen städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen.

Bei der Verteilung der Wohnungsbau-gelder wurden die Gemeinden mit vorerst noch fortbestehender und die Gemeinden mit schon aufgehobener Wohnungszwangswirtschaft, die sogenannten „schwarzen“ und „weißen“ Kreise, nach einheitlichen Gesichtspunkten berücksichtigt. Die Mittel wurden nach dem Wohnungsbedarf aufgeschlüsselt. Da die Ergebnisse der Ende vergangenen Jahres abgewickelten Befragung von 10 Prozent der Bevölkerung noch nicht vorliegen, wurde dieser Bedarf u. a. ermittelt aus der Bevölkerungszahl, der Zahl der wohnungsmäßig nicht versorgten Haushalte und der voraussichtlichen Bevölkerungszunahme in den nächsten Jahren.

Durch den Wohnungsbau will die Landesregierung auch der Verwirklichung des Landesentwicklungsprogramms näher kommen. Um das zu erreichen, sind die in Betracht kommenden Kreis- und Amts-

verwaltungen angewiesen worden, einen großen Teil der Mittel schwerpunktmäßig an bestimmten Orten einzusetzen.

Außerdem soll in den schwarzen Kreisen der noch vorhandene Wohnungsbedarf gedeckt werden. Das ist das wohnungspolitische Ziel der Landesregierung. Dabei sollen weite Kreise der Bevölkerung durch Bildung von Einzeleigentum mit dem Grund und Boden verbunden werden. Daneben ist aber immer dort, wo die Deckung des Wohnungsbedarfs es erfordert, der Bau von Mietwohnungen zu fördern.

Im Rahmen des ersten Abschnitts 1966 sollen grundsätzlich nur solche Bauvorhaben Landesmittel erhalten, die der Beseitigung von Wohnungsnotständen dienen. Es soll den Familien geholfen werden, die entweder gar keine Wohnung haben oder die unzureichend unterge-

bracht sind. Als wohnungsmäßig unversorgt gelten vor allem Familien, die ihre Wohnung unverschuldet, z. B. durch Kündigung, verloren haben sowie kinderreiche Familien, junge Ehepaare und ältere Menschen ohne eigene Wohnung.

## Mitgliederzuwachs bei der JU

In Anwesenheit des Landesvorsitzenden der JU-Saar, MdL Dr. Budell, führte der Kreisverband Saarbrücken-Land-Ost der Jungen Union seine Delegiertenversammlung durch. Diese Gruppe, die sich vor zehn Jahren formierte, erlebte im letzten Jahr einen erfreulichen Mitgliederzuwachs. Wiederaufbauminister Helmut Bulle (CDU) sprach über Raumordnungsfragen. Die Saarländische Wirtschaft habe in den Ballungsräumen einen Kulminationspunkt erreicht, der eine weitere industrielle Zentralisierung kaum mehr zulasse. Neue Betriebe sollten sich nach Möglichkeit außerhalb des derzeitigen Bereichs der Schwerindustrie und des Bergbaues ansiedeln, vor allem im Norden des Saarlandes.

## Wahlgesetz geändert

Künftig 73 Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag

**Die Zahl der Abgeordneten im schleswig-holsteinischen Landtag wird künftig 73 — statt bisher 69 betragen. Das ist die Folge einer Änderung des Landeswahlgesetzes, die der Landtag mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU und FDP verabschiedet hat.**

Künftig werden je zwei Direkt- und Listenmandate mehr vergeben. Das erfordert die Bildung zweier neuer Wahlkreise im Hamburger Randraum sowie die Überprüfung der anderen Wahlkreise dahingehend, ob die Zahl der Bewohner sich nicht außerhalb einer neu festgesetzten

Toleranzgrenze von 25 Prozent unterscheidet.

Dabei soll die Schneidung der Wahlkreise objektiviert werden, wie der CDU-Abgeordnete Schoof als Vorsitzender des Innenausschusses erklärte. Die Wahlkreise sollen ein zusammenhängendes Ganzes bilden, beständig in der Bevölkerungsbewegung sein, nur ausnahmsweise Gemeindegrenzen durchschneiden und nach Möglichkeit die örtlichen Zusammenhänge wahren.

Um die Toleranzgrenze kam es zu lebhafte Auseinandersetzungen mit der SPD, die 10 Prozent vorgeschlagen hatte. CDU-Sprecher wiesen dabei darauf hin, daß bei Bundestagswahlkreisen sogar eine Abweichung von 33 Prozent möglich sei. Der CDU-Abgeordnete Dr. Schwin-kowski erinnerte daran, daß das Landeswahlrecht eindeutig ein Verhältniswahlrecht mit Listenausgleich sei. Der CDU-Abgeordnete Prof. Redeker wies den SPD-Vorwurf zurück, daß die Kandidaten nicht mehr die gleichen Chancen wie früher hätten: „Innerhalb jedes einzelnen Wahlkreises ist die Chance jedes Kandidaten gleich.“

Die Wahlgesetz-Änderung ermöglicht es künftig auch Richtern, sich um ein Mandat im Landtag zu bewerben. Allerdings müssen sie dann — wie andere Landesbeamte auch — in den Ruhestand treten. Im Falle des Todes von Kandidaten soll die Neuaufstellung in Zukunft erleichtert werden. Künftig soll ein von den Parteien satzungsgemäß ermächtigter siebenköpfiger Ausschuß die Nachwahl vollziehen können, wenn der Kandidat innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vor der Wahl verstorben ist.

## Geschützte Architekten

Niedersachsens Wirtschaftsminister legt Architektengesetz vor

**Der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Möller (CDU) hat dem Landtag den Entwurf eines Architektengesetzes vorgelegt, das den Namen Architekt als Berufsbezeichnung schützt und außerdem die Einrichtung einer Architektenkammer „mit ergänzender Berufsgerichtsbarkeit“ vorsieht.**

Minister Möller erklärte in der Begründung des Gesetzes u. a., künftig soll die Berufsbezeichnungen Architekt, Innenarchitekt sowie Garten- und Landschaftsarchitekt nur führen dürfen, wer in eine Architektenrolle eingetragen sei. Freiberuflich Tätige könnten die Bezeichnung freiberuflicher Architekt führen. Andere Bezeichnungen sollen nicht mehr zugelassen sein.

„Neben Absolventen von Hoch-, Ingenieur- und Fachschulen sollen auch Autodidakten die Berufsbezeichnung führen, wenn sie die berufliche Befähigung nach achtjähriger praktischer Tätigkeit nachweisen“, sagte Möller.

Als zweiten Kernbereich des Gesetzesentwurfs bezeichnete der Minister die Einrichtung der Architektenkammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts, der alle freischaffenden Architekten angehören

müssen. Die Errichtung der Kammer wird vor allem deshalb für notwendig erachtet, weil die Tätigkeit des Architekten in erheblichem Maße private und öffentliche Interessen berührt. Daraus ergäben sich besondere Berufspflichten, die von einer dazu bestimmten Stelle überwacht werden müssen.

Nur die Kammer sei in der Lage, in der Praxis zu überwachen, ob die Eintragungsvoraussetzungen für die Architektenrolle fortbestehen und wie ein ordentliches Geschäftsgebahren der Angehörigen dieses Berufsstandes gefördert werden könne. Dadurch sollen u. a. unsaubere Provisions- und Vermittlungsgeschäfte unmöglich gemacht werden.

Der Gesetzesentwurf, bei dessen Beratung Vertreter der betroffenen Berufe in Fachfragen zu Rate gezogen wurden, wird jetzt vom Wirtschafts- und Verkehrsausschuß weiterbehandelt.

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Lastenausgleich verbessern

Der Lastenausgleich muß, insbesondere bei der bevorstehenden 19. Novelle, verbessert werden. Darüber bestand Einmütigkeit bei einem Gespräch, zu dem Bundesvertriebenenminister Dr. Gradl Vertreter der heimatvertriebenen Wirtschaft und der Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe empfing. Gradl erklärte dabei, daß nach der Feststellung der Vermögensverluste in der Zone in absehbarer Zeit Leistungen folgen werden.

## Friedensappell begrüßt

Der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße hat den Friedensappell der Bundesregierung als einen „Akt des guten Willens, mit allen Völkern in Frieden zu leben“, begrüßt. Der Vorsitzende und Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stingl erklärte dazu, die Bundesregierung habe auch bestätigt, daß sie die Rechte der von ihr in Obhut genommenen Deutschen weiter wahren werde. Stingl dankte auch dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, für seine klare Stellungnahme zur Ostpolitik, die nicht nur den Vertriebenen und Flüchtlingen bestätigt habe, daß sich die Union weiter entschieden für deren Rechte einsetzen werde.

## Hackenbergs Forderung begrüßt

Der Landesverband Hessen des Bundes der Vertriebenen hat die Forderung des CDU-Landtagsabgeordneten Richard Hackenberg begrüßt, das hessische Rundfunkgesetz zu ändern und einem Repräsentanten der Vertriebenen Sitz und Stimme im Rundfunkrat zuzugestehen. In einer auf dem Landesverbandstag in Darmstadt verabschiedeten Entschließung heißt es dazu, diese Forderung müsse mit Rücksicht auf den großen Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung erfüllt werden.

## Härte für Vertriebenenverlage

Mit einer weiteren Abnahme der Zahl der Vertriebenenverlage infolge der erhöhten Gebühren im Postzeitungsdienst rechnet der CDU-Bundestagsabgeordnete Edelhard Rock. Er sprach sich für Hilfsmaßnahmen für diese Verlage aus: „Das ist eine politische Aufgabe, der sich die Parteien und die Bundesregierung nicht entziehen können, denn die Vertriebenenzeitungen erfüllen die vom Grundgesetz gestellte Aufgabe, im Interesse des ganzen deutschen Volkes für die Wiedervereinigung unseres dreigeteilten Vaterlandes einzutreten.“

# Unwahre Behauptungen

CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße ist besorgt über Angriffe

Mit Besorgnis hat die Delegiertenversammlung des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße davon Kenntnis genommen, daß sich einzelne Mitglieder der CDU, insbesondere der Jungen Union Hamburgs, in Fernsehsendungen zu Angriffen gegen die eigene Partei und ihre führenden Vertreter mißbrauchen lassen. Dabei sind unwahre Behauptungen aufgestellt worden.

„Die Exil-CDU und der Landesverband Oder-Neiße sind im Statut der CDU verankert. Sie haben genehmigte Satzungen. Die CDU hat sie wegen der im Grundgesetz enthaltenen Verpflichtung gegründet, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und Freiheit für alle Deutschen zu erlangen“, erklärte dazu der Vorsitzende Josef Stingl.

Wer öffentlich, und ohne vorher die parteiinterne Diskussion gesucht zu haben, gegen die Exil-CDU und den Landesverband Oder-Neiße polemisiere, trage zur Diffamierung der CDU bei und verhalte sich parteischädigend.

Auf der Delegiertenversammlung, die als Auftakt des CDU-Bundesparteitages stattfand, wandte sich der Vorsitzende entschieden gegen Radikalismus in jeder Form. „Wenn wir nicht verstehen, würdig und ruhig unsere Forderungen zu vertreten, Freiheit und Selbstbestim-

mung für alle Deutschen zu erreichen, werden wir unserer Nation einen schlechten Dienst erweisen“, meinte Stingl. Dann würden auch nationalistiche Parolen, wie die letzten Ergebnisse der NPD gezeigt hätten, weitere Anhänger finden.

Der Hauptreferent, der Berliner CDU-Landesvorsitzende Franz Amrehn, erklärte u. a., der Anspruch auf deutsche Selbstbestimmung lasse sich nicht durch Hoffnungen und Wandlungen in Pankow erreichen. Er könne nur durch die weitere Isolierung der SED-Machthaber erreicht werden.

„Wir suchen eine Brücke zu den Menschen jenseits von Mauer und Stacheldraht, aber wir bauen keine Brücke zum Pankow-Regime und seinen Funktionären“, betonte Amrehn. In dieser unbeirrten festen Linie der Deutschlandpolitik seien sich die CDU-Landesverbände Berlin und Oder-Neiße völlig einig.

# Auf Distanz gegangen

EKD-Denkschrift zur Ostpolitik wesentlich abgeschwächt

Mit einer Stellungnahme zum Thema „Vertreibung und Versöhnung“ hat die Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands die Denkschrift zur Ostpolitik erheblich abgeschwächt. Darin sprechen sich die Synodalen eindeutig gegen „einseitigen Verzicht als politische Vorleistung“ aus. Sie bekennen sich zu „Nüchternheit und zur Bemühung um einen friedlichen Ausgleich“.

Damit ist die Evangelische Kirche auf Distanz zu der Denkschrift gegangen, die nicht nur bei den Vertriebenen Kritik und Beunruhigung ausgelöst hatte. Namhafte Repräsentanten, vor allem aus dem norddeutschen Raum, hatten sich gegen die Denkschrift ausgesprochen und ihre völlige Umarbeitung gefordert. An der Ausarbeitung der Stellungnahme nahmen auch Vertriebene teil.

Darin wird betont, daß allen Deutschen die Aufgabe der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn gestellt sei. Gerade die Vertriebenen könnten in ihrer Verbundenheit mit der alten Heimat und auf Grund ihres schweren Erlebens einen Beitrag dazu leisten, den andere nicht erbringen könnten. Begangenes und erlittenes Unrecht solle nicht gegeneinander aufgerechnet werden.

Die Synode bat die östlichen Nachbarn ausdrücklich um Verständnis dafür, daß auch die Kirche für die Lebensrechte des deutschen Volkes, insbesondere für seine friedliche Wiedervereinigung, eintrete. — Der CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße hat inzwischen seine Genugtuung über die Stellungnahme ausgesprochen. „Hier wurde ein Fehler korrigiert, wir werden das zur Kenntnis neh-

men“, meinte ein Sprecher. Ähnlich lauteten die Kommentare des Bundes der Vertriebenen.

## Sparkonten werden aufgewertet

Bundesvertriebenenminister Dr. Gradl hat vor den Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands die Aufwertung der Reichsmark-Sparguthaben bei Banken in der sowjetischen Besatzungszone mit 6,5 Prozent angekündigt. Wenn Bundestag und Bundesrat einem entsprechenden Entwurf zustimmen, kann das Gesetz bereits am 1. Januar 1967 in Kraft treten. Die zuerkannten Ansprüche sollen über mehrere Haushaltsjahre verteilt erfüllt werden.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# Amrehn warnt

## Abrechnung mit der verfehlten SPD-Senatspolitik

**Aus tiefer Sorge um die weitere Zukunft der geteilten Hauptstadt hat der Berliner CDU-Vorsitzende Amrehn auf dem Parteitag seines Landesverbandes die Grundsätze künftiger Berlin-Politik herausgestellt.**

Auf dem 42. Landesparteitag der Berliner CDU hat Franz Amrehn vor den bedenklichen Entwicklungen in Berlin gewarnt, die in letzter Konsequenz sich für die noch immer bedrohte Stadt verhängnisvoll auswirken können. Es ist der Konzeptionslosigkeit des Senats zuzuschreiben, daß sich in letzter Zeit statt mißtrauischer Wachsamkeit gegenüber den Kommunisten eine falsche Konzessionsbereitschaft und Sorglosigkeit breit gemacht hat.

In seiner kritischen Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten führte Amrehn u. a. aus:

„Seit der Druck nachgelassen hat, ist das sonst so klare Urteil der Berliner unsicherer geworden. Das liegt nicht an den Berlinern, sondern daran, daß es unter diesem Senat keine klare Führung gegeben hat. Die vergangenen drei Jahre waren gekennzeichnet durch die verhängnisvolle Ansicht, durch Annäherung an Pankow könne auch ein Wandel in Pankow herbeigeführt werden, durch Annäherung an Pankow ließen sich unsere Lebensbedingungen verbessern. Dieser Senat verantwortet den Auseinanderfall der politischen Überzeugungen in existenziellen Fragen unserer Stadt. Wir haben oft genug dargelegt, daß und wie der Senat seine eigenen Grundsätze aufgegeben und eine neue Politik versucht hat.

Die Reihe der Fehlritte oder Pannen setzt sich fort: Bis heute unkorrigiert hat Albertz erklärt, es komme auf Bezeichnungen nicht an und er selbst nennt und empfiehlt Pankow zum ersten Mal ohne die übliche Einschränkung als ‚Deutsche Demokratische Republik‘ — so auch im amtlichen Pressedienst —. Ich sage: Wer als Politiker das Zonenregime freiwillig und bewußt ohne Einschränkung ‚Deutsche Demokratische Republik‘ nennt, hat in seinem Innern die Anerkennung schon vollzogen. Mit solchen Zwielfichtigkeiten muß endlich Schluß gemacht werden. Die Stimmung in der Bevölkerung wünscht sich wieder eine entschiedeneren Haltung und klarere Führung.“

Deshalb schlug Amrehn folgende Grundsätze künftiger Berlin-Politik vor:

„Wir können die Erfahrungen der letzten 25 Jahre nicht in den Wind schlagen, Frieden gibt es nur durch Festigkeit.

● Wir wollen keine Experimentieren am Viermächtestatus. Wir brauchen ein vertrauensvolles Verhältnis zu unseren Schutzmächten.

● Das A und O unserer freiheitlichen Existenz bleibt das immer engere Zusammenwachsen mit dem Bund. Diese Grundlinie muß den Vorrang vor allen anderen politischen Erwägungen behalten. Unser bisheriger Aufschwung war durch die Währungs-, Wirtschafts- und Rechtseinheit mit dem Bund gesichert. Daran darf nicht gerüttelt werden.

● Wir begrüßen jede Erweiterung des Warenumschlages in und über Berlin. Aber die unausgegorenen und daher

wieder völlig unklaren Vorstellungen des Senats über eine Freihandelszone Berlin und über eine neue Ost-West-Brückenfunktion können die bisherige Stellung Berlins im Bund nicht ersetzen. Sie passen nicht in die gegenwärtige politische Landschaft und stehen dem Zusammenwachsen Berlins mit dem Bund eher entgegen, als daß sie es fördern. Außerdem sehe ich auch sonst keinen gangbaren Weg zur Realisierung. Wieder treten Schlagworte an die Stelle einer konkreten Berlin-Politik. Wir brauchen aber keine Effekthascherei auf Kosten der politischen Substanz. Im übrigen will Berlin Brücke für die Bevölkerung, aber nicht Brücke für das Regime und seine Funktionen sein.

● Eine konkrete Berlin-Politik verlangt, daß sich Berlin selbst nicht wie ein selbständiger Staat gebärdet und seine Repräsentanten nicht außenpolitische Alleingänge unternehmen. Dazu gehört auch der Freihandelsvorschlag, den der Regierende Bürgermeister in den Vereinigten Staaten verkündete, ohne ihn dem Abgeordnetenhaus vorgelegt zu haben.

● Konkrete Berlin-Politik. Der Bund kann sich nicht mit Geldsubventionen zu-

frieden geben. Die Bundesregierung muß in ihren Regierungsrichtlinien für die deutsche Hauptstadt eine eigene Sachverantwortung übernehmen. Wo es über die Kräfte der Gemeinde Berlin hinausgeht und es sich um überregionale Vorhaben handelt, muß sich der Bund ihrer annehmen. Das gilt: für einen Teil der Bauten; für die marktwirtschaftliche Förderung von Industrie und Gewerbe, hier zählt die Verantwortung für einen steigenden Zuzug von Arbeitskräften nach Berlin; für die Vertiefung und die Anziehungskraft des kulturellen Lebens in Berlin auf ganz Deutschland und auf das Ausland; für die weitere politische Verankerung Berlins im Bund, nächster Schritt: ohne Erörterung des Stimmrechts die direkte Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten.

● Wir werden uns dafür einsetzen, daß der nächste Parteitag der CDU nach Berlin gelegt wird.

● Zur konkreten Berlin-Politik des Senats und des Bundes gehört es, angesichts des zunehmenden Fahrzeugstromes auf den Autobahnen mit den Mitteln des Interzonenhandels eine Vereinfachung, Beschleunigung und zeitliche Berechenbarkeit des Verkehrs zu erwirken.

● Diese konkrete Berlin-Politik muß berücksichtigen, daß der Wohnungsbau für Einheimische und Zuwanderer verstärkt werden muß.“

Amrehn schloß mit der Bemerkung: „Berlin muß Kraftquell werden zur Befreiung Mitteldeutschlands von kommunistischer Herrschaft.“

## Noch eine Denkschrift

### Nun kritisiert der SPD-Nachwuchs

**Noch sind die Hintermänner des veröffentlichten Anti-Wehner-Memorandums nicht gefunden, da kursiert schon eine neue Denkschrift ähnlichen Inhalts.**

In Ergänzung zu dem anonymen Anti-Wehner-Memorandum haben fünf Funktionäre des Sozialistischen Hochschulbundes einen neuen Angriff gegen Wehner gerichtet. Die fünf SPD-Jungpolitiker versuchen, in ihrer Schrift nachzuweisen, daß die gegen Wehner erhobenen Vorwürfe zu recht bestehen. Die elfseitige Philippika wurde sozialdemokratischen Zeitungen und der „Zeit“ zugeschickt. Im Gegensatz zu den „Heckenschützen“ in der SPD hat der Nachwuchs unter den Wehner-Gegnern bedeutend mehr Mut, er unterzeichnet mit vollem Namen.

Es sind dies der zweite SHB-Bundesvorsitzende, Rainer Wirth, der ehemalige Berliner SHB-Vorsitzende Rüdiger Sielaff, Armin Meyer, Assistent am FU-Institut für Soziologie, Hartmut Haußermann, Chefredakteur der Studentenzeitschrift „FU-Spiegel“, und Ulf Kadritzke.

Wie die SPD mitteilte, gehören alle Genannten zu den Organisatoren der anti-amerikanischen Demonstration am 5. Februar vor dem Amerikahaus in Westberlin.

In der Zwischenzeit haben sich die Ermittlungen gegen die unbekanntem Verfasser des Anti-Wehner-Memorandums totgelaufen. In einer Erklärung gab der Vorsitzende der SPD, Brandt, bekannt, daß die Untersuchungen abgebrochen worden seien, weil sie wenig aussichtsreich erschienen seien. Am glei-

chen Tage berichtete Brandt vor dem SPD-Landesparteitag in Bremen, daß er über die Verfasser schon manche Hinweise erhalten habe. Er würde sich nicht wundern, wenn man nicht bald Klarheit hätte. Dies geschah am 19. März. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Georg Peter verkündete sogar, daß am 22. März die SPD Näheres über die Feinde Wehners bekanntgeben wolle. Aber bis heute hat die Sozialdemokratische Partei vornehme Zurückhaltung geübt und keine Namen genannt.

Nicht ganz so vornehm war Brandt, als er der CDU vorwarf, die Schwierigkeiten in der SPD erfunden zu haben, um die eigene Führungskrise zu verschleiern. Der CDU-Sprecher Dr. Rathke nannte dieses Ablenkungsmanöver beim richtigen Namen: „primitiv“.

### Fraktionsvorstand erweitert

Die Landtagsabgeordneten Herbert Gerisch und Knud Knudsen sind zu stellvertretenden Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion gewählt worden. Damit ist der Fraktionsvorstand nach dem aus Gesundheitsgründen erfolgten Rücktritt des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Erwin Jürgens erweitert worden. Jürgens gehört aber dem Vorstand an, außerdem bleibt er parlamentarischer Vertreter des Landwirtschaftsministers.